Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3. Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr. Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 556. Abendblatt. Donnerstag, den 26. November 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 25. November. Das „Journal des Debats" wies neulich auf Grund von Korrespondenzen des „Nord-Est" und des „Univers" darauf hin, daß angeblich den süddeutschen Blättern vom Berliner Preßbureau die Weisung ertheilt worden sei, die Personen des Kaisers von Frankreich und von Oesterreich zwar mit Achtung zu behandeln, dagegen aber keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, Frankreich und dessen Verbündete anzugreifen und in der öffentlichen Meinung zu diskreditiren, vor Allem auch die in den Donau-Fürstenthümern gegen Oesterreich erhobenen Beschwerden auszubeuten. Das „Journal des Debats" bemerkt dazu, daß von preußischer Seite jedenfalls ein Dementi dieser Angaben erfolgen werde, da es sehr bedenklich sei, wenn jetzt, wo die französische offiziöse Presse ihren früheren kriegerischen Ton fallen gelassen habe, von preußischer offiziöser Seite Aufregung gegen Frankreich erzeugt werde. Die Mittheilungen des „Norst-Est" und des „Univers" tragen den Stempel der Erfindung zu offen an der Stirn, als daß sie anderweitig viel Glauben finden dürften. Wenn man sich zunächst die Quelle, aus denen die Nachrichten stammen, näher ansieht, so wird man finden, daß sie durchaus preußenfeindlicher Art sind. Der „Univers" dient der Preußen durchaus nicht gewogenen ultramontanen Partei und das Organ des Fürsten Czartorysk, der „Nord-Est", giebt sich nicht selten zur Vertretung der welfischen Interessen her und erhält namentlich auch häufig von Wien aus Mittheilungen. Namentlich hat aber das Berliner Preßbüreau durchaus keine Berechtigung, der süddeutschen Presse Weisungen zu ertheilen und hat solche in der That auch nicht ertheilt. Was übrigens den Inhalt der angeblichen Weisungen betrifft, so ist in preußischen Blättern immer nur mit großer Achtung in Bezug auf die Personen der Kaiser von Frankreich und Oesterreich gesprochen worden, was nach einer andern Richtung hin von den österreichischen Blättern nicht immer gesagt werden kann. Daß andrerseits aber Angriffe gegen Frankreich und muthmaßlich gegen die französische Politik im Allgemeinen von hier aus veranlaßt oder gewünscht werden sollten, widerlegt sich ebenfalls dadurch von selbst, daß die Beziehungen Preußens und Frankreichs die freundlichsten sind, wie sich u. A. auch daraus ergiebt, daß Frankreich in Betreff der rumänischen Angelegenheit den Wünschen Oesterreichs, eine Revision des Pariser Vertrages vorzunehmen, entgegen gewesen ist und daß beide Mächte in dieser Frage überhaupt in der vollständigsten Uebereinstimmung sich befinden. — Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß der neuliche Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." über die Lage der Dinge in Rumänien in Frankreich einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Man hat dort darin den Beweis gefunden, daß sich nicht nur die preußische Politik mit der französischen in Betreff Rumäniens in voller Uebereinstimmung befindet, sondern daß auch Preußen alle aufreizenden Fragen zu beseitigen und seine friedlichen Absichten nach allen Seiten hin kundzugeben bemüht ist. Auch ein Pariser Korrespondent der „Independance" bespricht diese Thatsache und bemerkt dabei, es sei nicht das erste Mal, daß er die Uebereinstimmung Preußens und Frankreichs zu konstatiren Gelegenheit habe. — Nach neueren Bestimmungen wird Graf Bismarck nicht schon am 29. November, sondern erst am 2. Dezember hierher zurückkehren. — Der diesseitige Gesandte in Florenz, Graf Usedom, ist heute auf seinen Posten zurückgekehrt. — Die Jagdgesetzgebung im preußischen Staate hat im Laufe der Zeit einige Lücken gezeigt, welche durch den Erlaß neuer Jagdgesetze auszufüllen sind. Der Herr Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten wird daher dem Landtage noch in dieser Session einige dahin zielende Vorlagen machen. Hierbei ist zu erwähnen, daß Schleswig-Holstein und das ehemalige Kurfürstenthum Hessen die Veranlassung zur Vorlage eines Gesetzes, die Aufhebung der Jagdrechte auf fremden Grund und Boden bieten. In den alten Provinzen ist das Jagdrecht auf fremden Territorium bereits aufgehoben. Dasselbe besteht dagegen noch in den Elbherzogthümern und in dem früheren Kurhessen, obschon in letzterm ein dahin gehendes Gesetz erlassen worden war, das jedoch die Aufhebung von dem Willen der Betheiligten abhängig gemacht hatte. In Folge davon besteht das Jagdrecht auf fremden Grund und Boden dort noch vielfältig. Die Angelegenheit hat bereits dem schleswig-holsteinschen Provinzial-Landtage und dem hessischen Kommunal-Landtage zur Begutachtung vorgelegen. — Zur Zeit tagt hier im landwirthschaftlichen Ministerium eine Enquête-Kommission zur Untersuchung und Erörterung der Real-Kreditfrage. Die Kommission besteht aus Mitgliedern des Landes-Oekonomie-Kollegiums, namentlich solchen, deren Erfahrungen die Gewähr für ein zutreffendes Urtheil geben. Es wird hierbei der Plan besprochen, eine Centralisation der Pfandbrief-Banken Preußens oder auch des ganzen norddeutschen Bundes in Berlin zu bewirken, um dadurch möglicherweise einen Einfluß auf den Cours der Pfandbriefe zu gewinnen, der in den letzten Jahren der Art ist, daß Gutsbesitzer, welche eine Beleihung durch Pfandbriefe herbeiführen wollen, zu große Verluste erleiden und daß die frühere wohlthätige Wirkung der Pfandbrief-Institute verloren geht. Die Kommission hat nur einen vorberathenden Charakter, da die Resultate, die sie erzielt, dem Landes-Oekonomie-Kollegium in seiner nächsten Session vorgelegt werden sollen.

Berlin, 26. November. Se. Majestät der König ist gestern Nachmittags 2 Uhr mit dem Prinzen Albrecht, dem Prinzen August von Würtemberg und dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin nebst Gefolge, von den bei Jasnitz und im Buchholze bei Schwerin abgehaltenen Hofjagden per Extrazug hierher zurückgekehrt. Während der Rückfahrt hatte der Oberst von Albedyll, Stellvertreter des beurlaubten Chefs des Militär-Kabinets, Vortrag. Bald nach der Ankunft wurde der Finanzminister v. d. Heydt und der Unterstaats-Sekretär v. Thiele empfangen. Abends besuchte der König mit den Prinzen Karl, Albrecht 2c. die Oper.

— Das Kronprinzliche Paar beabsichtigt, wie aus England gemeldet wird, schon in der zweiten Hälfte des Dezember nach Berlin zurückkehren. Der Hofmarschall Graf Eulenburg trifft bereits in den nächsten Tagen hier ein.

— Die Taufe der jungen Herzogin von Mecklenburg, Tochter Sr. Hoh. des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg, ist auf den 10. k. M. angesetzt.

Berlin, 24. Novbr. (Zeidl. Corr.) Durch die Veränderung unserer Gesetzgebung, insbesondere durch die Einführung des Nothgewerbe-Gesetzes ist die Verfassung derjenigen Städte, welche, wie die Städte in Neuvorpommern, noch eine ständische Grundlage und insbesondere auch eine Vertretung des Handwerkerstandes als solchen hatten, in sich unhaltbar geworden und wird deshalb die Nothwendigkeit einer entsprechenden Veränderung geltend gemacht. Uns scheint diese Veränderung nicht durchaus nothwendig zu sein, da ja die Innungen nach wie vor fortbestehen können und nach unserer Auffassung gerade der politische Charakter dieser Verbindungen besonders zu betonen ist.

— Auch bei der diesjährigen Militär-Aushebung hat der Regierungs-Bezirk Cöslin überall überschießende Kontingente geliefert, so daß nirgends auf ältere Jahrgänge hat zurückgegriffen werden dürfen.

— Wie verlautet, steht es noch nicht definitiv fest, ob die Eröffnung des Bundesrathes am 30. dieses Monats durch den Herrn Bundeskanzler in Person geschehen wird.

— Bei der Stadt Leba in Pommern sind durch Beihülfe der Regierung 2000 Morgen Moorgrund mit besonderem Erfolge kanalisirt und entwässert.

— In einem Dorfe des Kreises Neustettin ist in diesem Herbst eine eigenthümliche Krankheit, die sogenannte Blasen-Fäulniß, aufgetreten, welche sich darin geäußert hat, daß bei allen Kindern, welche von Anfang August bis 20. September geboren waren, in wenigen Tagen eine vollständige Enthäutung eintrat und die Kinder im Verhältniß von 5 zu 7 starben. Das Dorf ist sonst gesund und wohlhabend.

— In allernächster Zeit werden dem Landtage noch ein Entwurf der Kreisordnung, ein Jagdpolizeigesetz, ein Gesetz über das Versicherungswesen, die Städtordnung für Schleswig-Holstein, sowie andere provinzielle Gesetze, über welche jüngst noch die betreffenden Provinzial- und Kommunallandtage gehört worden sind, vorgelegt werden.

— Die Beschlagnahme-Kommission des Abgeordnetenhauses hielt heute ihre zweite Sitzung. Seitens der Regierung waren anwesend der Finanz-Minister v. d. Heydt, Geh. Ober-Finanzrath Wolny und der Geh. Legationsrath Abeken. Es wurde in der fast 4 Stunden dauernden Sitzung zunächst die General-Debatte fortgesetzt. In derselben sprachen die Abgg. Dr. Gneist, Graf Bethusy-Huc, v. Bender, v. Kardorff, der Referent Abg. Lent 2c. und machte sich in derselben hauptsächlich die Ansicht geltend, daß die Revenuen des Vermögens des Königs Georg, soweit sie nicht zur Abwehr der Agitationen desselben und für die Verwaltung benutzt werden, der Staatskasse überwiesen müßten. Von einer Seite wurde noch weiter gegangen, indem für die gänzliche Aufhebung des Abfindungs-Vertrages mit König Georg plaidirt wurde, da derselbe sich durch die Unterhaltung der Fremdenlegion in Frankreich auf den Kriegsfuß gegen Preußen gesetzt habe. — Die juristischen Mitglieder der Kommission ließen ihre früheren rechtlichen Bedenken fallen, indem sie der Ansicht beitraten, daß hier nicht die juristischen, sondern die politischen Momente in den Vordergrund treten müßten. Die Regierung verhielt sich den Anträgen und Ansichten gegenüber weder zustimmend, noch ablehnend. Schließlich wurde §. 1 des Gesetzentwurfes in der Regierungsfassung angenommen. Zu §. 2, der sehr wesentlich geändert werden wird, sind noch verschiedene Amendements gestellt, die erst gedruckt werden sollen. Nächste Sitzung der Kommission ist Sonnabend.

— Die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses berieth Mittwoch über den Gesetzentwurf, betreffend die Fortdauer des außerordentlichen Kredits für die Militärverwaltung auf Höhe von 5 Millionen. Anwesend waren als Vertreter der Regierung: der Geh. Ober-Finanzrath Mölle und der Geh. Kriegsrath Glogau. Der Regierungs-Kommissär Mölle gab zunächst eine Uebersicht über die Kriegskosten und deren Anwendung bis zum Ende des dritten Quartals d. J. zum Nachweise, daß der Rest noch nicht gedeckt und daß noch 5 Millionen erforderlich wären, von denen allerdings etwa 160,000 Thlr. übrig bleiben würden. Die Referenten Abg. v. Bockum-Dolffs und Wachler beantragten pure Bewilligung, während von anderer Seite verlangt wurde, die Deckung aus den bereiteten Beständen, namentlich aus den zu realisirenden Fonds resp. aus dem Staatsschatze zu bewirken, da die Mittel desselben sich in den letzten Jahren erweislich um ca. 1,600,000 Thlr. vermehrt hätten. Dieser letztere Antrag fand indessen keinen Beifall, vielmehr wurde die Bewilligung beschlossen, unter Zusage des Regierungs-Kommissarius, eine Uebersicht der Kriegskosten, wie im vorigen Jahre, dem Abgeordnetenhause zugehen zu lassen.

— Endlich beschäftigte sich die Unterrichts-Kommission mit Petitionen. Eine Petition des Magistrats und der Stadverordneten zu Posen, die Abiturienten der Realschulen erster Ordnung den Gymnasial-Abiturienten für das Studium des Rechts und der Medizin auf den Universitäten gleichzustellen, wurde der Regierung zur Erwägung und als Material zu dem von der Verfassung in Aussicht gestellten Unterrichtsgesetze zu überweisen beschlossen. — In Betreff einer Beschwerde des Magistrats zu Elbing, wegen Nichtzulassung eines jüdischen Doktors zum Schulvorstande (einer evangelischen Schule) wurde beschlossen, den Antrag auf Ueberweisung an die Staatsregierung zur Abhülfe zu stellen.

— Die Kommissare des Abgeordnetenhauses haben für die Vorberathung des Justizetats folgende Anträge gestellt:

1. Zu Titel 4 der Einnahmen: gegen die Königliche Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß dieselbe unverzüglich darauf Bedacht nehmen werde, die thatsächliche Stellung des Herzogs von Arenbergs in und zu dem Herzogthum Arenberg-Meppen, insbesondere in Beziehung auf Ausübung der Gerichtsbarkeit und sonstiger Regierungsrechte in diesem Landestheile, mit der preußischen Verfassung in Einklang zu setzen.

2. Zu Titel 5 Nr. 1 der Ausgaben statt 7000 Thlr. für den ersten Präsidenten des Obertribunals nur zu bewilligen 6000 Thlr.

3. Zu Titel 5 Nr. 2 der Ausgaben statt der geforderten 21,000 Thlr. nur zu bewilligen für 5 Vice-Präsidenten des Obertribunals, jeder mit 3500 Thlr. fortdauernder Besoldung, 19,500 Thlr., darunter künftig wegfallend 2000 Thlr.

4. Zu Titel 5 Nr. 4 der Ausgaben statt 4000 Thlr. für den General-Staatsanwalt nur zu bewilligen 3500 Thlr.

5. Zu Titel 5 Nr. 5 der Ausgaben statt 7800 Thlr. nur zu bewilligen für zwei Ober-Staatsanwalte (3000 bis 2200 Thlr. für jeden) 5200 Thlr.

6. Zu Titel 6 Nr. 1 der Ausgaben a) die Stellvertretung der Ober-Tribunalräthe durch Richter, welche nicht etatsmäßige Mitglieder des Obertribunals sind, für gesetzlich unzulässig zu erklären und b) demgemäß die für eine solche Vertretung geforderte Summe von 1000 Thlrn. nicht zu bewilligen.

7. Zu Titel 6 Nr. 1 und Titel 9 Nr. 1 der Ausgaben die Erwartung auszusprechen, daß bei der bevorstehenden Organisation des Gerichtshofes (Art 92 der Verfassungsurkunde) die Stellvertretung einzelner Mitglieder desselben durch dem Gerichtshofe nicht angehörige Richter ausgeschlossen werde.

8. Zu Titel 8 der Ausgaben die am Schlusse hinzugefügte Bemerkung dahin zu fassen: „Für den Fall der Vereinigung des Ober-Appellationsgerichtes mit dem Obertribunale sind a) die Stelle des ersten Präsidenten mit 4500 Thlrn., b) drei Rathstellen mit 7800 Thlrn., c) eine Kanzleidienerstelle mit 400 Thlrn. zum Wegfall designirt."

9. Zu Titel 27 Nr. 1 der Ausgaben die Königliche Staatsregierung aufzufordern, das Aufrücken der Kreisgerichts-Direktoren in höhere Gehälter auch von der Anciennetät abhängig zu machen.

10. Zu Titel 27 Nr. 2 der Ausgaben die Königliche Staatsregierung nochmals dringend aufzufordern, die Anordnung zu treffen, daß auch bei den fünf Stadtgerichten das Aufsteigen der Richter im Gehalte lediglich durch das Dienstalter bestimmt und nicht durch den erlangten Charakter als Rath bedingt werde.

11. Zu den Titeln 27, 30, 33, 36 und 39 der Ausgaben die Königliche Staatsregierung nochmals dringend zu ersuchen, baldmöglichst die Justizbeamten-Stellen derselben Kategorien in allen Theilen des Staates gleichmäßig zu dotiren und dabei auf eine dem Bedürfniß entsprechende Erhöhung des Einkommens der zu gering besoldeten Stellen, insbesondere der Richter erster Instanz, Bedacht zu nehmen.

Hamburg, 24. November. (Post.) Der Theil des hamburgischen Gebiets, welcher dem deutschen Zollverein annektirt worden ist, enthält dem „Hamb. Korresp." zufolge 32,338 Seelen. Man ist jetzt hier der Ansicht, daß unser Staat für diese Einwohnerzahl kein Aversum zu zahlen brauche. Die Kopfzahl ist s. Z. allerdings als Norm für die Höhe der Ziffer des Aversums angenommen. Aber wahrscheinlich doch nur, um für den Werth der Freihafenstellung Hamburgs einen Maßstab zu finden. Dieser Werth aber dürfte für die 250,000 Hamburger, welche nicht im Zollvereinsgebiet wohnen, jetzt eher größer als geringer geworden sein, wenn man den Versicherungen unserer sogen. „Freihändler" glaubt, daß der Freihafen Hamburgs größtes Glück sei. Ob nun die norddeutsche Bundesverwaltung sich darauf einlassen wird, um uns alljährlich ein Reguladetriexempel auszurechnen (so viel Einwohner zahlen soviel, wieviel zahlen so viel?), möchte doch noch fraglich erscheinen. Zu- oder Abnahme der Bevölkerung angenommen, käme man aus der Rechnerei gar nicht heraus. Auch ist, wenn ich nicht irre, die Höhe des Aversums s. Z. für den „Staat" Hamburg als solchen festgestellt worden und es wurde dabei nicht erwähnt, daß etwaige spätere Regulirungen, welche einen Theil des „Staates" in den Zollverein brächten, einen „Rabatt" nach sich zögen. Richtiger scheint vielmehr der Schluß: Je monopolistischer die Stadt Hamburg das Freihafensystem behält, desto werthvoller ist es für sie. Möglich ist freilich Alles und so ist es vielleicht auch möglich, daß das Bundeskanzleramt alljährlich ein hamburgisches Zollaversums-Reguladetriexempel ausrechnen wird. — Der „Hamburger Korrespondent", eine der ältesten deutschen Zeitungen, wird vom 1. Januar an das Zeitliche segnen. Sein letzter Redakteur, Herr Dr. Bonsart, übernimmt die Redaktion der dann entstehenden „Neuen Börsenhalle", des Blattes, welches, wie ich Ihnen s. Z. mittheilte, gegründet wird, um den zu „preußenfreundlichen" „Hamb. Nachrichten" Konkurrenz zu machen. Die neue „Altonaer Zeitung", welche wider Erwarten prononcirt preußisch auftrat, kündigt jetzt an, daß diese Tendenz eine so entschiedene Mißbilligung gefunden habe, daß sie sich genöthigt sähe, redaktionellen Wandel zu schaffen. Vortrefflich! Nur Schade, daß der Augustenburger Fuchsschwanz aus dem Manöver herausguckt. Ich neige mich sehr stark zu dem Glauben hin, die Preußensympathien des genannten Blattes waren künstlich gemachte. Man wollte einen plausiblen Vorwand finden, um den Beweis, daß „das Volk" dem „Herzoge Friedrich" noch immer treu sei, an den Markt zu bringen. Recht pfiffig! Aber glaubt man denn ernstlich, daß solche Kirchthurmsdiplomotie noch Effekt habe? Von dem „Eindruck" aber, den die Weltgeschichte auf Altonaer Bierbankspolitiker macht, hängt die Welt nicht ab. Man hat in der „Altonaer Zeitung" das Preußenthum outrirt, provocirte dadurch Mißvergnügen, um recht auffallend umsatteln zu können; das gehört heute in die Kategarie der „Privatvergnügen."

Altona, 25. November. Mit dem Schlusse dieses Jahres wird das schleswig-holsteinische „Veordnungsblatt" in Folge höherer Entscheidung zu erscheinen aufhören und an dessen Stelle ein „Schleswig-Holsteinisches Amtsblatt" gegründet werden.

Malchin, 25. November. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der Antrag der Regierung auf eine Subvention von 200,000 Thlr. zum Bau der Lübeck-Kleinen'schen Eisenbahn mit 52 gegen 23 Stimmen, hauptsächlich wegen der gegenwärtigen Steuerkrisis, abgelehnt.

Altenburg, 25. November. Herzog Joseph zu Sachsen, Oheim des regierenden Herzogs, ist soeben verschieden.

Darmstadt, 25. November. Der Ministerpräsident Frhr. v. Dalwigk eröffnete heute den Landtag mit der Erklärung, daß vorzugsweise Finanzauflagen, welche die Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Staatsausgaben und den Staatseinnahmen bezweckten, die Stände beschäftigen würden. Die Rede des Königs von Preußen bei der Eröffnung des preußischen Landtages habe in den Herzen aller Patrioten dankbaren Widerhall gefunden und biete eine Bürgschaft für den Frieden. — Die Prinzessin Alice von Hessen ist von einem Knaben entbunden.

München, 24. November. Alles was in dem authentischen Bericht der von etwa 300 Mitgliedern der Fortschrittspartei besuchten „Besprechung über die bevorstehende Landtags-Session und ihre Hauptaufgaben" zu Nürnberg über die deutsche Frage vorkommt, ist, daß der Vorsitzende, Universitäts-Professor Dr. von Hofmann aus Erlangen, auf die Landesversammlung der Partei in Augsburg vom 6. Oktober 1867 zurückverwies, „seit welcher nichts eingetreten sei, was zu einer Veränderung des Standpunktes oder zu erneuter Erörterung der dabei entscheidenden Grundfragen führen könne." Uns scheint, man kann in dieser Beziehung

doch sehr abweichender Ansicht sein, z. B. im Hinblick auf die in den Vordergrund getretene Frage der Civilprozeßordnung und ganz abgesehen von der denn doch wohl nicht unwesentlich geänderten Weltlage. Aber es ist nicht zu übersehen, daß sich die Fortschrittspartei in der Abgeordnetenkammer als ministerielle Partei betrachtet oder wenigstens gerirt und zunächst das Ministerium Hohenlohe in jeder Weise zu stützen sucht, wobei sie freilich mit der Mittelpartei so durchaus im Einklange ist, daß wenigstens, was die deutsche Frage betrifft, im thätigen Auftreten beider Parteien jeder wesentliche Unterschied zwischen denselben verwischt worden ist. Vor dem Eintritt Hohenlohes ins Ministerium war die Trennung eine scharfe, und würde es wohl auch nach dessen Austritt zweifelsohne wieder werden. Die kirchlichen und Schulverhältnisse der neuen und alten Länder Preußens werden in Baiern neuerdings sehr genau verfolgt und erwogen und der Eindruck ist kein günstiger. Ein liberales Blatt brachte z. B. jüngst, natürlich nicht als Empfehlung, Auszüge aus dem beabsichtigten neuen Gesangbuche für Schlesien. Ueberhaupt darf nicht verschwiegen werden, daß die Sympathien für Preußen nicht gerade im Zunehmen begriffen sind, ja daß theilweise das Gegentheil auf Seiten der Fall ist, wo es vordem entschieden günstiger zu stehen schien.

Ausland.

Wien, 23. November. Die Aufklärungen, welche der Finanzminister Dr. Brestel in Pesth der Delegation des Reichsrathes gegeben habt, sind in den Abgeordnetenkreisen wie im Publikum mit Staunen aufgenommen worden. In der That ist es keine angenehme Ueberraschung, aus dem Munde des Finanzministers zu erfahren, daß das Budget für die Länder diesseits der Leitha ein Defizit von 22 Millionen aufweist, von welchen 12,500,000 zu bedecken bleiben, da 10 Millionen durch unverwendete Kreditsbeträge von 1868 bedeckt sind. Da ferner durch Erlös von Verkäufen des Staatseigenthums 2 oder 3 Millionen zu erzielen sein werden, so wird noch immer der Rest von zehn — und nicht von acht Millionen, wie es in dem offiziösen Berichte heißt — durch Aufnahme einer schwebenden Schuld zu bedecken sein, vorausgesetzt, daß die Steuern genau nach dem Voranschlage eingehen. Die Aussichten in die Zukunft sind daher nichts weniger als troſtreich. Eine stärkere Anspannung der Steuerkraft des Landes wird für kaum mehr möglich gehalten, und es wäre ein gefährliches Experiment, wenn Dr. Brestel darauf seine Hoffnungen setzen würde. Diese letzteren, insofern sie die Steigerung der Einnahmen in Folge der Steuerreform zum Gegenstande haben, sind ebenso illusorisch, wie die Hoffnungen auf eine Verminderung des Extra-Ordinariums des Kreisbudgets. Letzteres wird in den nächsten Jahren eher steigen als fallen, der Reichsrath aber wird sich wohl doppelt besinnen, auf sogenannte Steuerreformen einzugehen, die beim Lichte besehen nichts Anderes sind, als einfache Zuschläge zu den direkten Steuern. — Anfangs des nächsten Monats erwartet man die Veröffentlichung eines Kaiserlichen Reskriptes, durch welches die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Böhmen verfügt wird. In den Berichten der Prager Statthalterei wird die Stimmung im Lande als beruhigt bezeichnet. — Graf Andrassy gab in dem am 21. d. in Pesth abgehaltenen Ministerrathe die Erklärung ab, das Wehrgesetz mit den vom Reichsrathe angenommenen Aenderungen binnen acht Tagen im ungarischen Landtage durchzubringen, nachdem Graf Taaffe erklärt hatte, daß das Ministerium für den Fall, daß die vom Abgeordnetenhause an dem Wehrgesetze vorgenommenen Aenderungen nicht acceptirt würden, nicht die Verantwortung übernehmen könne, das Gesetz noch einmal vor das Abgeordnetenhaus zu bringen und von demselben das Aufgeben jener Veränderungen zu begehren.

Wien, 25. November. Die „Oesterreichische Korrespondenz" meldet: Der Gesandte Portugals am hiesigen Hofe, Vicomte de Santa Quiteria, hat dem Kaiser sein Abberufungsschreiben überreicht und das Großkreuz des Leopold-Ordens erhalten. Zu seinem Nachfolger, und zwar für die gleichzeitige Vertretung Portugals in Wien und Berlin, ist der Vicomte de Pavia ernannt.

Pesth, 24. November. In der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation waren auch die kroatischen Mitglieder anwesend. — Zsedenyi und Genossen interpellirten das Ministerium, ob und was die Regierung gethan habe, um die friedensgefährlichen Bestrebungen in Rumänien zu paralysiren und welche Stellung sie Angesichts gewisser Eventualitäten einzunehmen gedenke. Die Beantwortung der Interpellation wird in der am Donnerstage stattfindenden Sitzung der Delegation erfolgen.

Paris, 25. November. Der „Abend-Moniteur" konstatirt in seiner Wochenrundschau, daß in Preußen sowohl wie in anderen Ländern Europas die friedlichen Ideen an der Tagesordnung sind und sich des Beifalls der großen Mehrheit derselben erfreuen. — Der Zustand Berryer's ist unverändert.

Florenz, 25. November. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der Kandidat der Rechten, Mari, mit 185 Stimmen zum Präsidenten gewählt; der Kandidat der Linken, Crispi, erhielt 93 Stimmen.

Rom, 13. November. Die Gesundheit des Papstes ist sehr angegriffen; seit der Ausfuhr nach Civita-Vecchia suchte ihn zehn Tage lang ein heftiger Husten heim; er war am Allerheiligentage, wo er sich nicht abhalten ließ, in die Sixtinische Kapelle zu gehen, sehr unwohl. Am St. Karlstage fuhr er, gegen die Etikette, in einem verschlossenen Wagen nach der Kirche dieses Heiligen. Der Husten hat jetzt allerdings aufgehört, die Schwäche aber hat zugenommen. In diesen Tagen untersuchte ihn Dr. Conneau, Leibarzt Napoleon III.; es versteht sich, daß man sofort wissen wollte, daß dieser Arzt nur hierher gesandt sei, damit der französische Kaiser genau erfahre, wie lange der Papst noch leben könne. Je schwächer aber Pius IX., desto öfter zeigt er sich öffentlich, desto mehr nimmt er seine Kräfte zusammen.

London, 25. November. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Valparaiso ist die See am 16. und 17. Oktober zu derselben Höhe gestiegen, als sie im August erreicht hat. — In der Bundeshauptstadt Bogota ist gegen S. Gutierrez, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Columbia, am 10. Oktober eine Revolution ausgebrochen. Der Bürgerkrieg gewinnt an Ausdehnung.

Madrid, 25. November. Die „Gaceta de Madrid" enthält ein Dekret, durch welches die Munizipalwahlen auf den 18. Dezember verschoben werden. — Ein Dekret des Marineministers Topete hebt die früheren Rangstufen der Brigadiers und Generale der Marine auf und setzt an die Stelle derselben die Grade: „Kontre-Admiral, Vice-Admiral und Admiral."

Kopenhagen, 25. November. Der Kriegsminister General Raaslöff hat einen mehrmonatlichen Urlaub zu einer Reise ins Ausland nachgesucht; das Ziel der Reise ist noch unbekannt.

Bombay, 20. November. Zwischen Schir Ali und Abdul Rhaman hat eine blutige Schlacht stattgefunden; letzterer wurde vollständig geschlagen und ist nach Balch geflohen.

Pommern.

Stettin, 26. November. Bei der heutigen Ersatzwahl für die in dem I. Wahlbezirk der 2. Abtheilung ausscheidenden Stadtverordneten Baevenroth, Georg Schultz, Kaseburg und Fuchs waren von 586 Wahlberechtigten 195 erschienen. Die absolute Majorität beträgt demnach für jeden Kandidaten 98 Stimmen. Es haben erhalten Kaufmann Haker 190, Rathszimmermeister G. Schultz 168, Kaufmann Emil Aron 127, Redakteur Dr. Wolff 97, Kaufmann Th. Fuchs 87, Baumeister Franke 48, Röhrmeister Müller 21, Dr. Fränkel 18, Redakteur Wiemann 14, Kaufmann C. L. Mann 7, Kaufmann Baevenroth 1, Tischlermeister Kaseburg 2 Stimmen. Demnach sind die Herren Haker, Georg Schultz, C. Aron mit absoluter Majorität gewählt und kommen also die Herren Wolff und Fuchs zur engeren Wahl.

— Es ist vielfach die irrige Ansicht verbreitet, daß die Pflanzung eines Baumes an einem öffentlichen Wege das Recht gewährt, denselben nach Belieben wieder wegzunehmen. Zur Begegnung dieser irrigen Ansicht und zur Vergegenwärtigung der bedenklichen Folgen eines derartigen ungesetzlichen Verfahrens soll darauf hingewiesen werden, daß das Ober-Tribunal unterm 19. Juni den Rechtsgrundsatz angenommen hat: „Die Beschädigung eines zur Verschönerung eines öffentlichen Weges bestimmten Gegenstandes ist selbst dann, wenn dieser jene Bestimmung nicht erfüllte und im Eigenthume des Angeklagten stand und wenn die Handlung keine rechtswidrige war, aus §. 282 des Strafgesetzbuches strafbar." Dieser Paragraph setzt aber 14 Tage als geringstes Strafmaß für derartige Beschädigungen fest und gestattet die zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte.

— Der Oberst-Lieutenant von Wittgenstein vom 3. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 14, ist zur Disposition gestellt und zum Bezirks-Kommandeur des Landwehr-Bataillons Costen ernannt worden.

— Das Königliche Ober-Tribunal hat in seiner gestrigen Sitzung, von der Aufstellung ausgehend, daß ein Konkursverwalter als gerichtlicher Kommissarius zu betrachten, dem bestimmte Obliegenheiten vorgeschrieben seien, erkannt, daß der Verwalter bei seinerseits nicht erfolgter Steueranmeldung eines von ihm geleiteten Ausverkaufs der Masse des Kridars keine Gewerbesteuerdefraudation begehe.

— (Sitzung der polytechnischen Gesellschaft am 21. November.) Nach Genehmigung des Protokolls der vorigen Sitzung hielt Herr Ober-Ingenieur Koppen einen Vortrag über die Otto-Langen'sche Gaskraftmaschine und erläuterte ihre Konstruktion durch Zeichnungen sowie an der Maschine selbst, welche während der Sitzung in Gang gebracht wurde. Die Gesellschaft votirte darauf Herrn Koppen ihren Dank für die Mühe, die er sich gegeben hat, um die Maschine zusammenzusetzen und in Gang zu bringen, und der Direktion der Maschinenbauanstalt „Vulcan" für die Bereitwilligkeit, mit der sie erlaubt hatte, die Maschine in ihrem Etablissement aufzustellen und zu probiren.

Herr Dr. Delbrück sprach über eine selbstthätige Gasproduktionsmaschine, die in Wirth's Generalkalender beschrieben ist. Er hebt zuvörderst die Mängel hervor, die bei der bisherigen Fabrikation des Leuchtgases aus Steinkohlen entstehen, besonders die Nachtheile, welche durch die Monopolisirung derselben durch die städtischen Verwaltungen oder Gesellschaften sich für das Publikum ergeben. Während die Fabrikanten (seien es nun die betreffenden Städte selbst oder Private) erhebliche pekuniäre Vortheile bei der Leuchtgasfabrikation hätten, klagten die Konsumenten über schlechtes Gas und hohe Preise. Diesem solle dadurch entgegengestrebt werden, daß jeder Konsument in den Stand gesetzt würde, sich für seinen Bedarf selbst Gas zu fabriziren. Bei der in Rede stehenden Gasmaschine wird das Gas erzeugt, indem ein Luftstrom durch leichte Destillationsprodukte des Petroleums geleitet wird; diese verflüchtigen sich dabei und werden in einen kleinen Gasometer geleitet, von welchem aus sie nun sogleich brennbar sind. Eine schon seit längerer Zeit bekannte von Horzet konstruirte Maschine beruht auf denselben Prinzipien. Die Nachtheile dieses Verfahrens bestehen in der großen Gefährlichkeit, die bedingt ist durch die leichte Brennbarkeit der leichten Destillationsprodukte des Petroleums. Herr Direktor Kornhardt hebt noch einen anderen Nachtheil dieser selbstthätigen Gasmaschine hervor, nämlich daß bei einer noch gar nicht langen Leitung die durch den Luftstrom flüchtig gemachten Dämpfe sich wieder kondensiren.

Von den eingegangenen Fragen betraf eine die Brauchbarkeit des Barometers als Witterungsanzeiger. Herr Dr. v. Boguslawski beantwortete sie dahin, daß das Barometer nur den Druck der Luft anzeige, der von der Wärme, Feuchtigkeit und Windrichtung abhänge. Erst wenn man die Einflüsse dieser Faktoren kenne, könne man auf die Witterung schließen. — Auf eine Frage, ob sich die an der grünen Schanze angelegten von Cement gemauerten Abflußkanäle bewährt hätten, antwortet Herr Maurermeister Piper, daß dies der Fall sei. — Es wurde eine Probe grün gefärbtes Zeug eingereicht mit der Frage, ob der Farbestoff giftig sei. Herr Dr. Kremer sagte, daß gefärbte Zeuge nicht arsenikhaltig sein könnten, weil die Arsenikfarben nicht am Zeuge haften, da sie nur aufgedruckt werden können, und organische Farbestoffe, die mit den Fasern des Stoffes eine Verbindung eingingen, könnten denn auch nicht mehr giftig sein. Also sei das gefärbte Zeug ohne Sorge zu gebrauchen. — Herr Sattlermeister Kölpin referirte über das eingesandte Lederöl von Fehr in Königsberg. Er erklärte dasselbe für einen guten Thran, der sich nur durch den theueren Preis vor dem gewöhnlich gebrauchten Leberthran auszeichne. Herr Dr. Kremer empfiehlt das Wiederhaldsche Lederöl als Schmiermittel. Außerdem empfiehlt Herr Dr. Kremer als eine gute Tinte die Anilintinte von Dr. Jacobson, hier käuflich bei Rudolf Scheele u. Co., die vor anderen Tinten den Vorzug habe, daß sie eine Lösung sei und deshalb kein Bodensatz sich in ihr bilden könne. — Mit der Verlesung der neu aufgenommenen Mitglieder wurde die Sitzung geschlossen.

Vermischtes.

— Aus England berichtet man, wie das „Kiel. Wochenbl." sagt, daß man dort eine sehr wichtige Erfindung gemacht habe, die zwar sehr einfach, aber für Seeleute von großer Bedeutung ist. Wie bekannt, riskiren die Seeleute, welche „in die Höhe gehen", wie man sagt, um die Segel zu reffen, Leib und Leben, indem sie durch Schwankungen und Stöße auf hoher See im Sturm von dieser Höhe leicht über Bord oder auch auf's Deck geworfen werden. Da die Matrosen gerade im schlimmsten Wetter dort „oben" arbeiten müssen und sich dabei nicht festhalten können, stehen sie auf einem nachgiebigen Tau, welches einige Fuß unter den Raaen hinläuft, indem sie sich mit dem Oberleibe, so gut sie es vermögen, zu stützen suchen. Bekanntlich trägt der Matrose einen ledernen Riemen um den Leib statt der Hosenträger. Die Erfindung besteht nun darin, daß, wie der Seemann in seinem Riemen an der Seite ein Messer trägt, man an der anderen Seite eine Art Haken, der sich von selbst schließt, anbringt, welcher mittelst eines Wirbels festgehalten wird, wodurch derselbe nicht in Unordnung gerathen kann. Wenn der Matrose, mit diesem Haken versehen, sich auf den Raaen befindet, zieht er den Riemen um den Leib, so daß der Haken in der Mitte hängt, worauf er denselben in dem ersten besten Tau befestigt. Verliert nun der Matrose das Tau unter seinen Füßen, so wird er von dem Haken festgehalten, bis es ihm gelingt, wieder das verlorene Tau zu erreichen. Die Idee ist so einfach und so billig, daß ein Jeder mit Leichtigkeit diese Beschreibung verstehen wird, und dürfte man bei allen Kriegsmarinen und in allen Seestädten wahrscheinlich bald diese Haken in Anwendung bringen, da gerade durch das Einreffen der Segel im Sturm die meisten Menschen dem Tode im Meere verfallen.

— Graf v. St. . ., Rittmeister in einem preußischen Kavallerie-Regiment, wettete vor einiger Zeit 20 Friedrichsd'or, daß kein Mittag an der Offiziertafel verginge, an welchem nicht von Pferden, Hunden, Damen vom Theater oder ähnlichen Genres die Rede wäre. Neun Monate hindurch lagen die 20 Friedrichsd'or auf dem Tisch, ohne daß sie verloren gewesen wären. Erst durch eine Art Verschwörung auf der Wachtparade gelang es den vereinigten Anstrengungen des Offizierkorps, sich einen Mittag jeder Erwähnung obiger Kategorien zu enthalten. — Eine ähnliche Wette machte Jemand in Thüringen auf dem Wege nach Oberhof, wo man auf das 7fache Echo trifft. Er wettete, daß die Damen von der Gesellschaft das Echo nicht austönen lassen würden, ohne dazwischen zu sprechen, und gewann die Wette.

Magdeburg, 24. November. Heute Nachmittag hat in der Friedrichstädter Kirche eine seltene Feier stattgefunden. Die 73 Jahre alte Wittwe F. ist zum siebenten Male getraut worden. Die alte glückliche junge Frau erfreut sich noch einer seltenen körperlichen Rüstigkeit und ist ihrem jungen Ehemanne, der die dreißiger Jahre noch nicht erreicht hat, mit jugendlicher Liebe ergeben. Der jetzige Mann ist eigentlich schon der achte, welchem die merkwürdige Wittwe ihr liebeerfülltes Herz schenkte; in ihrem letzten Wittwenstande hat sie nämlich mit einem jungen Manne zusammengelebt, der ihr, noch ehe sie denselben zum Traualtare geführt, durch einen jähen Tod in Folge eines Sturzes bei ihrem Hausausbau entrissen wurde.

Hamburg, 24. November. Ein Geldtransport von einer Million Pfund Sterling langte am Sonnabend mit dem Dampfer „Berlin" von England hier an und wurde in vier vierspännigen Wagen nach dem Berliner Bahnhofe gebracht. Diese Summe, eine Abschlagszahlung der Vereinigten Staaten an die russische Regierung für die Abtretung der früheren russischen Besitzungen in Nordamerika, ist von der englischen Bank für Rechnung der genannten Staaten hierher übermittelt worden. — Die Leichen der bei dem Feuer in Eppendorf verunglückten Personen wurden am Sonntag unter Betheiligung einer unabsehbaren Menschenmenge zur Erde bestattet. — Eine neue Art von Schwindelei ist an mehreren Orten in der hiesigen Nähe, in Bergedorf, Ahrensburg ꝛc. durch einen Literaten Namens Heine aus Magdeburg ausgeführt worden. Er kündigte Vorlesungen aus Reuter's Werken an und ging, wie dies in kleinen Orten vielfach üblich, persönlich mit einer Subskriptionsliste herum. Auf diesem Wege verkaufte er in Bergedorf 150 Billets und kam gleich Hans Nord, dann heimlich mit dem Gelde fort. Der industrielle Literat wurde indeß hier in einer Wirthschaft in St. Pauli verhaftet.

Bremen, 24. November. Ernst Mahner produzirte sich vorgestern Nachmittag in der großen Weser. Vorab hielt er auf dem Oderdeiche, wo sich eine unabsehbare Menschenmenge eingefunden hatte, eine Ansprache, dann begab er sich in ein Boot, warf sich dort unter dem zweifelhaften Schutze eines Regenschirms in das nöthige Badeanstaltskostüm, sprang herzhaft in den Fluß, schwamm eine Strecke darin fort und zog sich endlich, nach fünf Minuten, wieder in sein bei dem herrschenden Winde jedenfalls äußerst luftiges Ankleideversteck auf dem Boote zurück. Die „Urgesundheitslehre" à 6 Gr. fand übrigens unter dem versammelten neugierigen Publikum reißenden Absatz. Nächsten Sonntag will er hier die Schwimmfahrt wiederholen, die vorgestern wegen eines Defektes am Schwimmgürtel abgekürzt worden war.

— (Zwei nützliche Erfindungen.) Der Lieutenant Ph. Rossander in Schweden hat, wie das „Mil.-Wochenbl." erzählt, zwei Instrumente erfunden, die bald allgemein in Anwendung gebracht werden dürften. Die eine, die er „Schritt- und Schlagzähler" nennt, und einer Taschenuhr ähnlich sieht, hat den Zweck, beim Ausmessen von Wegen und Feldern oder bei der Berechnung der Arbeit von Mühlen und anderen gehenden Werken von allem Kopfzerbrechen dabei zu befreien. Das andere Instrument, das er „Bathometer oder Tiefenmesser" nennt, ist ein Apparat, der die Tiefe des Wassers angiebt, ohne die Länge der Senkleine auszumessen.

Kronach, 20. November. Der Festungsgefangene Gustav Chorinsky befindet sich noch immer in dem Krankenhause auf dem Rosenberge und wird von zwei Wächtern bewacht gehalten, da er nach seinem Verhalten völlig dem Irrsinn verfallen zu sein scheint. Gestern Nachmittags ist seine Mutter, die Gräfin Chorinsky, nebst ihrem Sohne Rudolph hier eingetroffen. Heute findet eine ärztliche Konferenz, zu welcher renommirte auswärtige Irrenärzte geladen sind, statt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. Novbr. Witterung: trübe. Temperatur − 2°, Nachts − 5° R. Wind O.

Weizen flau, pr. 2125 Pfd. gelber loco inländ. 64–66 1/2 Rt., bunter 64–66 Rt., weißer 66–69 Rt., ungar. 59 63 Rt., 83–85pfd. pr. November 67 Rt. nom., Frühjahr 66 1/2, 66 Rt. bez. u. Gd.

Roggen matt, per 2000 Pfd. loco 51 1/2–53 1/2 Rt., feinster 54, 54 1/2 Rt. bez., pr. November 52 1/4, 51 3/4 Rt. bez., Novbr.-Dezbr. 50 3/4 Rt. Gd., Frühj. 50 1/2, 50 Rt. bez., 50 1/4 Rt. Gd.

Gerste geschäftslos.

Hafer flauer, pr. 1300 Pfd. loco 34–35 Rt., 47- bis 50pfd. Frühjahr 34 Rt. bez.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 59–60 1/2 Rt., Koch- 61–61 1/2 Rt.

Rüböl still, loco 9 1/4 Rt. Br, pr. November 9 1/8, 1/12 Rt. bez., 9 1/8 Br., Dezember-Januar 9 1/6 Rt. Br., Januar-Februar 9 1/4 Rt. Br., 9 1/6 Gd, April-Mai 9 7/12 Rt. Br., 9 1/4 Rt. Gd., September-Oktober 9 5/6 Rt. Br. u. Gd.

Spiritus fest und etwas höher, loco ohne Faß 14 7/8, 11/12 Rt. bez., November 14 17/24 Rt. Gd, Novbr.-Dezember 14 2/3 Rt. bez., Frühj. 15 5/12, 11/24 Rt. bez. u. Gd.. 15 1/2 Br.

Regulirungs-Preise: Weizen 67, Roggen 52, Rüböl 9 1/8, Spiritus 14 17/24.

Berlin, 26. November. Staatsschuldscheine 81 7/8. Staats-Anleihe 4 1/2 % 95 1/8. Pomm. Pfandbriefe 84 1/4. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 130 1/2. Meckl. Eisenbahn-Aktien 74. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 182 3/4. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 94 1/2. Oesterr. National-Anleihe 55 1/8. Oesterreichische Banknoten 85 7/8. Russische Noten 83 5/8. Amerikaner 6% 80 1/8. Hamburg 2 Mt. 150 1/4. London 3 Mt. 23 1/8. Paris 2. Mt. 80 5/6. Wien 2 Mt. 85 3/8. Petersburg 3 W. 92 3/4. Cosel-Oderberger 112 7/8. Lombarden 112 1/2.

Weizen matt, pr. November 61, 60 3/4. Roggen fest, per Novbr. 54 1/2, 55, pr. Novbr.-Dezbr. 52, 52 3/8, per Frühj. 50 1/4, 50 1/2. Rüböl ruhig, loco 9 5/8, per Novbr. 9 11/24, 9 1/2, pr. Frühj. 9 7/8. Spiritus fest, loco 15 7/12, pr. November 15 1/2, 15 5/8, pr. November-Dezember 15 1/3, 15 5/12, pr. Frühjahr 15 7/8, 15 23/24. Petroleum loco 7 1/2. Hafer pr. November 32 1/2, Frühj. 31 3/4.

Die Herren, welche am 27. d. M. zu wählen haben, bitten wir recht zahlreich in der Vorversammlung heute Abend präcise acht Uhr im Stadtverordneten-Saale in der Elisabethstraße zu erscheinen, da von dieser zahlreichen Betheiligung sehr viel für die Wahl abhängt.